

Agitationsmaterial zuzustellen, ja einige erklärten sich sogar bereit, gemeinsame Diskussionen in ihrer Wohnung durchzuführen.

So gelang es uns sogar, in einer Wohnungszusammenkunft mit leitenden Funktionären der SPD zu diskutieren.

Diese Diskussionen und Wohnungszusammenkünfte schufen die Voraussetzung, um am 17. März 1951 einen gemeinsamen Ausspracheabend zwischen Sozialdemokraten, DGB-Kollegen und unseren Genossen durchzuführen.

Von den etwa 70 Anwesenden waren 30 Sozialdemokraten, DGB-Kollegen beziehungsweise indifferente Kollegen. Aus dieser Versammlung heraus wurden zwei Delegierte zur Europäischen Arbeiterkonferenz gewählt, darunter der DGB-Funktionär Skoruppa, auch eine Begrüßungsentschließung an die Europäische Arbeiterkonferenz wurde angenommen. Von den Teilnehmern wurde der Wunsch geäußert und ein entsprechender Beschluß gefaßt, derartige Aussprachen des öfteren durchzuführen.

Bei der Auswertung der Tagung im Kreissekretariat stellten wir fest, daß die wichtigste Aufgabe in der nächsten Zeit sein muß, mit diesen SPD-Genossen und DGB-Kollegen eine ständige Verbindung aufrechtzuerhalten und die Aussprachen in den Betrieben und Wohnungen zu verstärken.

So ist es heute eine Selbstverständlichkeit, daß an den Zusammenkünften der FDGB-Kollegen einiger Großbetriebe Parteilose beziehungsweise DGB-Kollegen teilnehmen.

Wenn es uns auch noch nicht gelungen ist, ein positives Beispiel der Aktionseinheit in Schöneberg zu erreichen, können wir doch mit Recht behaupten, daß wir durch die Anwendung des Parteiauftrages auf diesem Gebiet einen entscheidenden Schritt vorwärtsgekommen sind. Gleichzeitig ist es uns damit auch gelungen die Grundlage zu schaffen für die Einbeziehung und Teilnahme von SPD-Genossen und DGB-Kollegen an den Ausschüssen für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands

Alfred Rohde

Parteiloser Arbeiter zeigt, wie man die **EAK** in den Westberliner Betrieben auswerten kann

Die Beschlüsse der Europäischen Arbeiterkonferenz und die Entschließung der Westberliner Delegation müssen die Grundlage für den Kampf gegen die Remilitarisierung in den Westberliner Betrieben bilden. Unsere Westberliner Parteiorganisation hat es bisher jedoch nur ungenügend verstanden, ausgehend von der Berichterstattung über die EAK, die Werktätigen Westberlins zum Kampf gegen die Remilitarisierung und für die Vorbereitung der Volksbefragung zu mobilisieren. Die durchgeführten Gewerkschaftsversammlungen, im Bezirk Tiergarten zum Beispiel, haben in den Betrieben nicht die breite Diskussion über die Bedeutung und die Beschlüsse der EAK zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage und für den gemeinsamen 1. Mai ausgelöst, die man mit Recht erwarten durfte. Einen großen Teil der Schuld trifft unsere Parteiorganisationen, die den FDGB nur ungenügend unterstützt haben. Wie man eine breite Massendiskussion im Betrieb entfesseln kann, zeigt uns der parteilose Arbeiter S. im Betrieb Telefunken-Hochwerk, der als Delegierter an der EAK teilgenommen hatte.

Tief beeindruckt von den Erlebnissen der Konferenz kehrte der früher sehr zurückhaltende Kollege nach der Konferenz an seinen Arbeitsplatz zurück und sprach erst mit einzelnen Kollegen. Mit einfachen Worten verstand er es, seine Eindrücke wiederzugeben. Er schilderte, wie er neben einem einfachen Arbeiter saß und es sich im Verlauf eines Gesprächs herausstellte, daß es Louis Saillant war, der Vorsitzende des Weltgewerkschaftsbundes, der 70 Millionen Arbeiter vertritt. Kollege S. hatte sich unter Louis Saillant eine immerreichbare Persönlichkeit vorgestellt, die sich mit einem einfachen Arbeiter nicht so einfach zusammensetzt!

Nach und nach kamen, während er so berichtete, immer mehr Kollegen, die Fragen über die Europäische Arbeiterkonferenz an ihn stellten. Sie alle wurden von ihm über die gehörten Referate und Beschlüsse informiert. In kürzester Zeit war die ganze Abteilung unterrichtet und eine breite Diskussion entfaltet. Der Kollege S. ist heute der konsequenteste Kämpfer für die Ziele der EAK und hat auch eine gute Basis im Betrieb. Die FDGB-Gruppe im Betrieb hat dadurch einen Auftrieb bekommen, zwei Neuaufnahmen fanden statt, und in wenigen Tagen wurden 26 Leser für die „Tribüne“ gewonnen, darunter viele DGB-Kollegen. Diese breite Diskussion im Betrieb ist zustande gekommen, ohne daß unsere Betriebsparteiorganisation es verstanden hat, sich führend darin einzuschalten und auf die Kollegen im Betrieb mobilisierend zu wirken.

In der AEG-Turbine, wo noch starke Organisationen der Partei und des FDGB bestehen, gelang es nicht, im Betrieb auf solch einer großen Basis zu diskutieren. Man begnügte sich damit, nach dem Stattfinden der EAK eine Gewerkschaftsversammlung zu organisieren. Durch schlechte Vorbereitung von seiten des FDGB erschienen jedoch nur 40 Kollegen. Der Fehler lag hier darin, daß weder von unserer Betriebsparteiorganisation, noch vom FDGB eine Vorbereitung in Form einer mündlichen Agitation über die Beschlüsse der Europäischen Arbeiterkonferenz erfolgte. Erst in den letzten Wochen anlässlich der Betriebsrätewahl und der Vorbereitung des 1. Mai ging man dazu über, eine systematische und breite Diskussion über die Durchführung der Beschlüsse der EAK zu entwickeln. Dabei wird über die Aufstellung von Gemeinschaftslisten zu den Betriebsrätewahlen, Urabstimmung über einen Streik für eine 15prozentige Teuerungszulage und die Vorbereitung für die Volksbefragung diskutiert.

Das Beispiel des Kollegen zeigt uns, wie man mit einfachen Worten überzeugen und die Kollegen gewinnen kann und beweist gleichzeitig, daß die Werktätigen in Westberlin ein starkes Interesse für die EAK und ihre Beschlüsse zeigen. Unsere Genossen der AEG-Turbine sollten daraus die Lehren ziehen, in kameradschaftlicher und einfacher Art mit den Kollegen zu diskutieren. Erst dann wird es ihnen möglich werden, die gemeinsame Kampffront gegen Teuerung und Remilitarisierung zu schaffen und die Arbeiter der AEG-Turbine für die Volksbefragung zu mobilisieren.

Blumenthal



Der Volksbefragungsausschuß der Bewegung unter dem Vorsitz des Kollegen Georg Weinberg* aus Reinickendorf (Westberlin) führte unter den im Betrieb arbeitenden Angestellten, die in Westberlin wohnen, eine geheime Abstimmung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag 1951 durch. Von 84 Stimmberechtigten entschieden sich 79 für „Ja“.